

## *Streitplatz*

Erhard Crome/Jochen Franzke

# **Die DDR und Polen. Betrachtungen über das Verhältnis der Ostdeutschen zu den Polen**

Mit den Verträgen von 1990/1991 ergriffen die Deutschen und die Polen eine historische Chance, den Rahmen für ein grundsätzlich neues und gegenseitig vorteilhaftes Verhältnis zwischen beiden Völkern und Staaten zu schaffen. Am Ende des 20. Jahrhunderts, nach dem Fiasko des Realsozialismus und dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums, steht Europa erneut in einer geschichtlich neuen Konstellation. Bei deren weiterer Ausgestaltung spielen Polen und Deutschland und ihre beiderseitigen Beziehungen eine nicht geringe Rolle.

In diesem Kontext verdient der Platz der Ostdeutschen - genauer: der Bevölkerung, die bis 1990 jene der DDR war - in den deutsch-polnischen Beziehungen Aufmerksamkeit. Zu den derzeit gängigen Interpretationen gehört, die Rolle, die die DDR als stalinistischer Sperrriegel zwischen Polen und dem Westen spielte - im Sinne einer Beauftragung aus Moskau wie im Selbstverständnis der SED-Führung - direkt auf die DDR-Bevölkerung zu übertragen. Wenn heute der Gleichklang der politischen Eliten in Polen und in Deutschland bei der Gestaltung der neuen beiderseitigen Beziehungen hervorgehoben wird, scheint die ostdeutsche Bevölkerung eher zu stören. In Wahrheit kommt natürlich den Bevölkerungen diesseits und jenseits der Oder-Neiße-Grenze große Bedeutung für die Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu.

Die Ausgangslage der gegenseitigen Wahrnehmung ist ambivalent. Nach der „Spiegel“-Umfrage von 1991 lagen die Westdeutschen auf der Sympathieskala der Polen bei +0,9, die Ostdeutschen dagegen bei -0,8. Auf der Sympathieskala der Ostdeutschen dagegen lagen die Polen bei -0,1, während sie von den Westdeutschen

---

\* Dr. habil. Erhard Crome, Dr. habil. Jochen Franzke, Universität Potsdam.

mit -0,6 bewertet wurden.<sup>1</sup> Das heißt, die Polen dachten besser über die Westdeutschen als über die Ostdeutschen, während die Ostdeutschen ein positiveres Polenbild besaßen als die Westdeutschen. Die tatsächliche Kenntnis des anderen Landes ist in der ostdeutschen Bevölkerung zweifellos höher als im Westen. Das hat offensichtlich sowohl mit räumlicher Nähe als auch mit der Vergangenheit realsozialistischer Beziehungen zu tun. Unter diesen Umständen ist es nützlich, darüber nachzudenken, welches Erbe auf die Menschen an beiden Seiten von Oder und Neiße einwirkt, wie Vorurteile abgebaut und ein dauerhaft positives Verhältnis zwischen den Deutschen und Polen im Grenzgebiet aufgebaut werden kann. Zu diesem Prozeß einige Anregungen zu geben, soll der Zweck dieses Beitrages sein.

### **Zu den Rahmenbedingungen deutsch-polnischer Beziehungen nach 1945**

Verlauf und Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges setzten Ausgangspunkte und Bedingungen für die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945, die dann auch das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen prägen sollten.

Deutschland hatte von der europäischen Mitte aus Europa mit terroristischen Mitteln beherrschen wollen. Die Zerschlagung dieses verbrecherischen Versuchs erforderte die Kraftanstrengung nahezu aller anderen Staaten und Nationen. Den Ausschlag gaben schließlich die „Randmächte“ Sowjetunion und USA. Der bekannte Händedruck zwischen sowjetischen und amerikanischen Soldaten bei Torgau an der Elbe signalisierte nicht nur den Sieg über Nazideutschland, sondern auch das Verschwinden der europäischen Mitte. Trotz der immensen Verluste an Menschen und Material im Zweiten Weltkrieg war es Rußland (in Gestalt der Sowjetunion) gelungen, die politisch und militärisch stärkste Position seiner Geschichte zu erlangen. Im Verlaufe des dann entstehenden Kalten Krieges blieb der territoriale Status quo in Europa eingefroren - die im Zweiten Weltkrieg und danach errungenen Positionen des sowjetischen Imperiums wurden nicht mehr angetastet. Die Niederschlagung der Volksaufstände in der DDR 1953 und in Ungarn 1956 signalisierte, daß der Westen hinter dem „Eisernen Vorhang“ Hilfe nicht leisten konnte oder wollte. Damit war, zunächst unabhängig vom Willen der jeweiligen Bevölkerung, die geopolitische Einordnung Polens und des sowjetisch beherrschten Teils Deutschlands - der späteren DDR - in das sowjetische Imperium auf für die Zeitgenossen unbestimmbare Frist gesetzt.<sup>2</sup> Dies schloß die Subordination unter das sowjetische Gesellschaftsmodell ein, die bei allen Modifikationen, die in der Folgezeit in beiden Ländern mit unterschiedlicher Konsequenz und Zielrichtung versucht wurden, bis Ende der 80er Jahre funktionierte.

<sup>1</sup> Vgl. Der Spiegel, Hamburg, Nr. 36/1991. siehe auch Andrzej Sakson, Die Deutschen in der öffentlichen Meinung Polens, in: WeltTrends, Heft 13, Winter 1996, S. 52ff.

<sup>2</sup> Vgl. Franzke, Jochen, Imperium unter dem roten Banner. Überlegungen zum Ende der Sowjetunion, in: WeltTrends, Nummer 6, März 1995, S. 55ff.

Stalin hatte durch die Vereinbarungen mit Hitler im Jahre 1939 und mit den Westmächten am Ende des Zweiten Weltkrieges die Westverschiebung Polens erreicht. Damit vergrößerte er den unmittelbaren territorialen Bestand der Sowjetunion und gewann einen Teil der Gebiete, die im Gefolge des Ersten Weltkrieges Rußland „verloren gegangen“ waren, zurück. Mit der Durchsetzung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens bzw. Ostgrenze Deutschlands hoffte Stalin, territoriale Vorkehrungen gegen einen weiteren deutschen Angriff getroffen zu haben. Polen in seinen neuen Grenzen sollte gleichsam das strategische Vorfeld der Sowjetunion im Westen absichern. Mit der Vertreibung der Polen aus den Ostgebieten erwartete er, mögliches Unruhepotential im eigenen, unmittelbaren Herrschaftsbe- reich beseitigt zu haben. Mit der Ansiedlung dieser polnischen Bevölkerung in den bis dahin deutschen Ostgebieten, aus denen die deutschen Bewohner ihrerseits ver- trieben wurden, sollte Polen zugleich dauerhaft der Sowjetunion verpflichtet wer- den. Die geschah nach dem Kalkül, ein „östliches“ Polen sei gegen Rußland gerich- tet und brauchte die Hilfe des Westens, ein „westliches“ Polen sei hingegen zwangs- läufig gegen den Westen gerichtet und brauche die Hilfe des Ostens, sprich: der Sowjetunion.

Für die Situation an Oder und Neiße bedeutete dies einen nahezu kompletten Austausch der Bevölkerung auf der nunmehr polnischen Seite der Grenze. Durch die massenhafte Ansiedlung von Vertriebenen im deutschen Grenzgebiet veränderte sich auch dort die Zusammensetzung der Bevölkerung erheblich. Aber auch die angestammte Bevölkerung an dem zumeist dünn besiedelten westlichen Ufern von Oder und Neiße hatte keine Erfahrung im Umgang mit der neuen Grenze, hatte sie zuvor doch weit weg von jeder Grenze „mitten in Deutschland“ gelebt. Damit war eine völlig neue Situation entstanden. Diejenige Menschen auf polnischer und auf deutscher Seite, die den jeweils Anderen, seine Kultur und Lebensweise, einschließ- lich der Sprache, genauer kannten, standen nicht mehr zur Verfügung. Wie in allen Berührungszonen unterschiedlicher Ethnien und Kulturen mußten neue „Mittler“ gefunden werden, die in beiden Sprachen und kulturellen Codes bewandert sind. Das Zusammenleben im neuen grenznahen Raum mußte neu erlernt und organisiert werden. Die politischen Machthaber auf beiden Seiten konnten dies befördern oder behindern. Damit beeinflußten sie insbesondere Dauer und Intensität dieses Prozes- ses.

Die Wege, die die beiden Gesellschaften im Osten Deutschlands und in Polen in den folgenden Jahrzehnten - unter dem gleichen Kontext der Zugehörigkeit zum sowjetischen Block - gegangen sind, unterschieden sich erheblich. Die polnische Gesellschaft löste sich nach einem stalinschen Zwischenspiel Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre rasch von den Verheißungen des Marxismus-Leninismus. Hier blieben Unruheherde, wurde die Mauer unterminiert, bevor sie in Berlin fallen konnte. Eine Hypothese ist, davon auszugehen, daß es sich in Polen (wie übrigens auch in Ungarn) kultursoziologisch um die ausgeprägtesten Gentry-Gesellschaften im Osten Europas handelt. Sie haben sich schon aus ihrer kulturellen Disposition heraus am

deutlichsten gegen den Moskauer Machtanspruch gestellt. Dies hat nicht nur die antikommunistische Opposition in Polen, sondern auch die Art und Weise der Machtausübung durch die polnischen Kommunisten und ihre Politik gegenüber Moskau geprägt. Die zentrale Bedeutung der Nation und der Platz der katholischen Kirche als Verkörperung der nationalen Idee war in Polen jeder Macht vorausgesetzt und so auch für die Kommunisten politikkonstituierend.

Im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands, in der späteren DDR, war die Situation völlig anders. Entstehung und Geschichte der DDR sind Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte und Folge des verbrecherischen Eroberungskrieges, den Deutschland unter Führung Hitlers begonnen und verloren hatte. Sie ist zugleich Teil des Versuches der Sowjetunion, ihren Machtbereich bis nach Mitteleuropa auszudehnen und zu erhalten. Spezifisch deutschen Umstände haben dieses sowjetische Bestreben begünstigt. Die besondere deutsche Natur der Existenzbedingungen der DDR liegt darin, „die staatliche Konstituierung einer der Bürgerkriegsparteien in der Revolution von 1918/19 zu sein. Was sich vierzig Jahre, von 1949 bis 1989 in Deutschland in Entgegensetzung gegenüberstand, waren die Parteien der linken Reichstagsmehrheit von 1917 (SPD, Zentrum, Linksliberale) einerseits und die revolutionären Sozialisten andererseits, die in der Revolution die angenommene Alternative - Nationalversammlung oder Rätemacht - im Widerspruch zueinander entscheiden wollten. Die Phrase „Rechtsstaat oder Arbeiter-und-Bauern-Macht“ ist nur eine andere Benennung des von der Revolution gestellten Problems.“<sup>3</sup> Dies hatte die besondere Bereitschaft der deutschen Kommunisten zur Subordination unter die Führung der KPdSU zur Folge, womit ihre Abhängigkeit von den Entscheidungen in Moskau existentielle Bedingung für die DDR wurde. Gleichzeitig war die SED-Führung stets bestrebt, ihre besonderen Beziehungen zu Moskau ideologisch zu fundieren und sie in Positionsgewinn für die DDR innerhalb des „sozialistischen Lagers“ umzusetzen. Das Fehlen einer natürlichen nationalen Grundlage mußte durch ideologische Konstruktionen zu ersetzen versucht werden, insbesondere darauf gerichtet, die DDR als positivem Gegenentwurf zur Bundesrepublik zu präsentieren.

## **SED-Führung und Polen**

Die Polen-Politik der SED war doppeldeutig. Sie konnte einerseits auf die Tradition gemeinsamen Ringens bei den Sozialisten beider Länder und der Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Polen durch die deutsche Arbeiterbewegung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufbauen. Andererseits war die Auflösung der polnischen Kommunistischen Partei durch die Komintern 1938 nicht vergessen. Am Beginn neu aufgenommenen Kontakte nach 1945 wirkten auf beiden Seiten

---

<sup>3</sup> Peter Ruben, Thesen zu einem Vortrag auf der Tagung des Politischen Clubs Potsdam e.V. zum Thema: „Wirklichkeiten in der DDR - Strukturen und Handlungsmuster“, Januar 1993.

Menschen, die der gemeinsame Kampf gegen Hitler-Deutschland und die gemeinsame „Erfahrung“ des deutschen KZ verband. Die Politik der SED gegenüber Polen artikulierte sich in offiziellen Deklarationen der Freundschaft, Verbundenheit und Solidarität und war intern immer wieder von Vorbehalten gekennzeichnet. Die DDR hat 1950 offiziell die Oder-Neiße-Grenze anerkannt, die öffentliche Debatte der Vertriebenen-Problematik aber unter Verbot gestellt. Nach 1980 wurde versucht, die ältesten antipolnischen Ressentiments in der eigenen Bevölkerung anzusprechen, um die DDR gegenüber dem Gedankengut von Solidarność abzuschotten. Trotz des ideologischen Konzepts der „Völkerfreundschaft“ war die offizielle DDR-Politik zu keiner Zeit fähig oder bereit, eine echte Aussöhnung mit Polen zu gestalten. Alles neue, liberal-freiheitliche Gedankengut, das sich in Polen entwickelte, sollte von der DDR ferngehalten werden. Somit ist es nicht verwunderlich, daß viele der im Kriege zerstörten Kommunikationslinien über Oder und Neiße nicht wieder aufgebaut wurden. Zur Ausbildung einer neuen Mittlerbevölkerung im grenznahen Raum konnte es unter diesen Bedingungen kaum kommen.<sup>4</sup> Deutsches Unverständnis für polnische Interessen, Geschichte und Kultur wurde konserviert, nicht überwunden. Die politische Arroganz der SED-Führung gegenüber der polnischen Partei trug zur Kultivierung deutscher Überlegenheitsanmaßung zumindestens in Teilen der Bevölkerung bei.

Vier Aspekte der SED-Politik gegenüber Polen sollen im Folgenden besonders herausgearbeitet werden.

Erstens. Die Beziehungen zwischen den realsozialistischen Ländern dienten immer der Machtstabilisierung im Innern. Für die SED war die Lage Ende der 40er Jahre höchst kompliziert. Die Entwicklung in den Westzonen, der Prozeß der Herausbildung der Bundesrepublik zeigte, daß die Idee, ein sozialistisches Gesamtdeutschland zu errichten, nicht zu verwirklichen war. Nicht einmal die Zukunft im Osten Deutschlands war gewiß. Die sowjetische Deutschlandpolitik ging noch von zwei Optionen aus: einem neutralisierten Gesamtdeutschland, das bürgerlich, demokratisch und marktwirtschaftlich verfaßt ist, oder einem sozialistischen Teildeutschland auf dem Territorium der sowjetisch besetzten Zone.<sup>5</sup> Erst nach Stalins Tod und der Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 erfolgte in Moskau die langfristige Weichenstellung, eine sozialistischen DDR dauerhaft aufrechtzuerhalten und zu unterstützen. Dies geschah nicht zuletzt im Kontext der Machtkämpfe innerhalb der KPdSU-Führung.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Die DDR-Bürgerrechtler, die sich dieser Aufgabe in den 70er und 80er Jahren annahmen, waren dafür zahlenmäßig zu wenige. In Polen stellten sich dieser Aufgabe wesentlich mehr Menschen und Institutionen, darunter auch Solidarność. Ihnen wurde aber der Zugang zur DDR-Bevölkerung verwehrt.

<sup>5</sup> Vgl. Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

<sup>6</sup> Vgl. die deutsche Übersetzung des Protokolls des Plenums des ZK der KPdSU im Juli 1953: Der Fall Berija, Berlin 1993.

So war für die SED-Führung die Gestaltung der Beziehungen zu den anderen volksdemokratischen Ländern, vor allem auch zu Polen, ein Beitrag zur Legitimierung gegenüber der eigenen Bevölkerung. In diesem Sinne wurden auch die wirtschaftlichen Beziehungen und die Sachzusammenarbeit in den anderen Bereichen gestaltet.

Der deutsche Kontext blieb bei all dem stets bestehen. Die territoriale Westverschiebung Polens war dort von „panslawistischen“ Lösungen begleitet. Akteure wie westliche Beobachter sahen das mit der Sowjetunion verbundene internationale Gefüge zunächst als „slawischen Block“ an. Doch mit dem von Stalin ausgelösten Konflikt mit Tito 1948/49 und schließlich der Gründung und Einbeziehung der DDR wurde dieser Gedanke aufgegeben.<sup>7</sup> In den folgenden Jahrzehnten sollte sich erweisen, daß die internationalen Auseinandersetzungen um die Erhaltung der DDR einen beträchtlichen Teil des außenpolitischen Potentials des ganzen sowjetischen Machtbereiches, darunter Polens, banden. Die DDR-Führung ihrerseits konnte ihre Staatlichkeit nur in der Differenz zur Bundesrepublik Deutschland legitimieren. Sie war darauf angewiesen, von den Verbündeten als der „bessere“ deutsche Staat anerkannt zu werden. In ihrer Selbstdarstellung war die DDR der „Friedensstaat“ und die Bundesrepublik der „Hort des Revanchismus“.

In diesem historischen Kontext steht das „Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze“ vom 6. Juli 1950.<sup>8</sup> Es ist aus der deutsch-polnischen Geschichte nicht wegzudenken. Die DDR ging hier - zu einem frühen Zeitpunkt - einen für ganz Deutschland friedenspolitisch vernünftigen und notwendigen Schritt, zu dem sich die Bundesrepublik in der Tat erst viel später nach großen Mühen durchringen konnte. Die Unterschrift der DDR unter dem Abkommen von Zgorzelec eignet sich jedoch auch nicht dafür, der späteren DDR-Politik gegenüber Polen Generalabsolution zu erteilen.

Zweitens. Trotz ihrer faktischen Schwäche in den innerdeutschen politischen Auseinandersetzungen verstand es die SED-Führung vergleichsweise geschickt, die zentrale Stellung der „deutschen Frage“ im Kalten Krieg in eigenen Prestige- und Einflußgewinn umzumünzen. Im zeitgenössischen kommunistischen Selbstverständnis drückte dies beispielsweise der Vertreter der ungarischen Kommunisten auf dem II. Parteitag der SED 1947 aus, als er sagte, die „Demokratisierung Deutschlands“ sei „eine europäische Frage“, die nicht nur Angelegenheit der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch „der Arbeiterklasse der anderen Länder“ sei.<sup>9</sup> Die SED sah sich in einer Lage, ihre Position innerhalb der DDR auf besondere Weise ideolo-

---

<sup>7</sup> Vgl. Jerzy Krasuski, Polnische Bedenken zur europäischen Integration, in: WeltTrends, Nummer 2, März 1994, S. 90.

<sup>8</sup> Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Band I, Berlin 1954, S. 342ff.

<sup>9</sup> Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der SED, Berlin 1947, S. 36.

gisch zu begründen. Sie nutzte dabei die politische Auseinandersetzung auf deutschem Boden in einer spezifischen ideologie-orientierten Ausformung. Auch innerhalb des „sozialistischen Lagers“ und der „kommunistischen Weltbewegung“ war die SED bestrebt, ihren Platz vor allem ideologisch zu begründen. Dabei knüpfte sie an die vergleichsweise herausgehobene Stellung der KPD in der Komintern an. Die These vom „Sozialismus auf deutschem Boden“, „im Lande von Marx und Engels“ verstärkte dann in der Folgezeit dieses Selbstverständnis, die gleichsam „zweite Partei“ nach der KPdSU zu sein. In diesem Sinne interpretierte Ulbricht in der ihm eigenen Rabulistik den 17. Juni 1953 als „faschistischen Putsch“, dessen Ursachen im Westen - also nicht in der Politik der SED - liegen würden. Die Erhebungen in Polen und Ungarn 1956 wurden hingegen auf die „Fehler“ der kommunistischen Parteien in diesen Ländern zurückgeführt.<sup>10</sup> Ulbricht erinnerte mehrfach an die „revisionistischen“ und „nationalistischen“ Abweichungen der polnischen Kommunisten bereits in den 20er und 30er Jahren.

Die SED-Politik des Herabschauens, des Mißtrauens und der Ignoranz gegenüber der „unzuverlässigen“ PVAP existiert seit den 50er Jahren. Auf internen internationalen Beratungen der kommunistischen bzw. staatssozialistischen Parteien ließ Ulbricht dann kaum eine Gelegenheit aus, den Ersten Sekretär der PVAP, Gomułka, ob solcher Verfehlungen zu kritisieren. Es wäre eine Aufgabe tieferer Analyse und Interpretation, zu untersuchen, inwiefern sich diese Art kommunistischen Hochmuts von der überkommenen deutschen Selbstüberhebung gegenüber den Polen unterschied.

Drittens. Honecker, der Ulbricht 1971 in der Funktion des SED-Chefs abgelöst hatte, versuchte, die Praxis der expliziten Belehrungen der „Bruderparteien“ über die richtige kommunistische Politik zu beenden. Intern blieb das Selbstverständnis der SED als der „Zweiten Partei“ jedoch erhalten. Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen verbesserten sich seit Anfang der 70er Jahre. Sie wurden von beiden Seiten pragmatischer gehandhabt und konkreter den wirtschaftlichen Interessen angepaßt. Wichtigster Ausdruck dessen war der zwischen Honecker und Gierek, dem damaligen 1. Sekretär der PVAP, vereinbarte paß- und visafreie Reiseverkehr. Auch hier gab es wieder einen deutschlandpolitischen Kontext: Nach Eröffnung der neuen Phase von Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen DDR und BRD (Abkommen über den Transitverkehr 1971, Verkehrsvertrag und Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen 1972) sollten die DDR-Bürger spüren, daß der Sozialismus weiter reicht als bis zur Oder, und die im sozialistischen Kontext gefundenen Regelungen viel weitgehender seien, als die im Verhältnis „zum Klassenfeind“. Insofern hatte dieser weitreichende Schritt der Öffnung der Grenze an Oder und Neiße letztlich wiederum nicht die eigentliche Aussöhnung mit Polen zum Ausgangspunkt, sondern den innenpolitischen Legitimationsdruck der SED und die

---

<sup>10</sup> Vgl. Erhard Crome, Selbstunterwerfung unter „Unsere Sache“, in: Berliner Debatte INITIAL, Heft 6/1994, S. 39ff.

deutschlandpolitischen Zwänge, die die „Neue Ostpolitik“ Willy Brandts ausübten.

Viertens. In welchem starkem Maße die SED-Politik gegenüber Polen konjunkturrell angelegt war, sollte sich zeigen, als Anfang der 80er Jahre die Grenze durch die DDR über Nacht wieder geschlossen wurde. Das hatte zunächst eine wirtschaftliche und soziale Seite. In der Struktur der realsozialistischen Planwirtschaft war die ständige Knappheit von Ressourcen und Gütern angelegt. Dies änderte sich von der Schaffung des sowjetischen Modells der Planwirtschaft in den 20er Jahren bis 1989 nicht. Die politische Krise 1980 in Polen war mit einer Versorgungskrise im Lande verknüpft. Diese wiederum hatte eine stärkere Nachfrage polnischer Käufer nach bestimmten Produkten in der DDR zur Folge. Für die Planwirtschaft der DDR war dies ein unlösbares Problem. Die Engpässe der Versorgung in der DDR verstärkten sich. Das wiederum war der lebensweltliche Hintergrund dafür, daß die allgemeine Unzufriedenheit vieler DDR-Bürger mit der ständigen Warenknappheit, die bewußt oder unbewußt immer eine Systemunzufriedenheit war, sich nun gegen die polnischen Käufer richtete, „die uns alles wegkaufen“. Dies wiederum schuf den gesellschaftlichen Resonanzboden für die nationalistisch gestrickte Abschottungspolitik der SED-Führung gegenüber den Ideen von Solidarność 1980.

Weit gravierender noch als die wirtschaftlichen waren für die SED-Führung die politischen Probleme, die sich aus der polnischen Krise ab 1980 ergaben. Bereits 1956, nach dem ungarischen Volksaufstand, war für die herrschenden Kommunisten allenthalben klar, daß jede Erhebung in einem „Bruderland“ die Frage nach dem Sozialismus als Gesellschaftssystem aufwarf und damit auch für die anderen Parteien, nicht nur die vom Aufstand des eigenen Volkes betroffene, ein Legitimationsproblem darstellte. Im Falle Polens hatte man es nicht mit einem Aufstand, sondern einer Aufstandsfolge zu tun (1956, 1970, 1980), die erklärungsbedürftig war. Noch gravierender jedoch war, daß mit Solidarność nun tatsächlich „die Arbeiter“ aufstanden. Proteste „irgendwelcher Intellektuellen oder Studenten“ abzuqualifizieren, war der SED nie schwergefallen, schließlich stand sie in der intellektuellenfeindlichen Tradition der KPD. Die Bilder von den streikenden und protestierenden Arbeitern in Danzig, die der DDR-Bürger im Westfernsehen allabendlich sehen konnte, warfen die Frage nach der „Macht der Arbeiterklasse“ jedoch ganz grundsätzlich auf. Genau diese aber sollte Tabu bleiben.

Politisch signalisierte Honecker daher Moskau, daß es eigentlich an der Zeit sei, einzugreifen. Wenn die polnischen Genossen dies nicht könnten, müßte man es eben wie 1968 in Prag machen. In Richtung Warschau wurde versucht, die Betonfraktion in der PVAP zu stärken. Öffentliche Bekundungen innerhalb der DDR für Solidarność wurden nach bewährtem Muster unterbunden.

Blieb das ideologische bzw. Legitimationsproblem im Innern der DDR. Da die im Wesen des Realsozialismus liegenden Ursachen für Solidarność nicht thematisiert werden sollten, mußten also andere Argumentationsmuster her, um das schöne Bild des Sozialismus vor der häßlichen polnischen Wirklichkeit zu bewahren. Also bezog man sich auf die „polnischen Besonderheiten“. Da bot sich die katholischen

Kirche mit ihrer starken, vom Regime unabhängigen Stellung in der polnischen Gesellschaft an. Mit diesem Feindbild versuchte die SED-Führung bei einer Bevölkerung, deren Unterbewußtsein noch Sedimente der antipapistischen Tradition des Luthertums und Preußens enthielt und die jahrzehntelang der atheistischen Propaganda der DDR ausgesetzt war, einen Schuldigen für die Krise des Sozialismus in Polen auszumachen. Bismarcks Kulturkampf-Figur vom „ultramontanen“ Wesen des Katholizismus und seinen politischen Ambitionen tauchte in gewandelter Gestalt wieder auf. Verkürzt wurde etwa so argumentiert: „Der polnische Papst in Rom, der mit Hilfe der CIA installiert worden war, hatte den zurückgebliebenen, antisozialistischen polnischen Klerus benutzt, um die ungebildeten polnischen Arbeiter, die oftmals erst in der ersten Generation Arbeiter waren und daher keine Klassenkampf Erfahrung mit dem ausbeuterischen Charakter des Kapitalismus hatten, gegen ihre eigenen Interessen, das heißt den Sozialismus, aufzuhetzen.“ In internen Veranstaltungen der SED wurde ergänzend die Geschichte der abweichlerischen polnischen kommunistischen Bewegung beschworen. Die verschiedensten ideologischen Vorwürfe wurden wiederholt, die in der kommunistischen Bewegung seit Lenins Tagen an die polnische Adresse gemacht worden sind. Polnische Kommunisten seien ohnehin national orientiert und ideologisch ungefestigt, also unsichere Kantonisten - so lautete das Fazit dieser gespenstischen Sprachregelung in der SED.

In den DDR-Medien erreichte die Desinformationskampagne über Polen eine neue Qualität. Uralte deutsch-nationalistische Vorurteile gegenüber den Polen wurden reanimiert, um gegen den Arbeiterprotest in Feld geführt zu werden. In internen Veranstaltungen wurde dies halboffen ausgesprochen, in der Publizistik zwischen den Zeilen versteckt. Diese Kunst beherrschten ja nicht nur dissidentische Künstler, sondern auch die Macher des Propaganda-Gefüges der SED. In der Stunde der ideologischen Erklärungsnot griff die SED-Führung bewußt und mit Absicht auf ererbte nationalistische Ressentiments zurück und versuchte diese zu reaktivieren. Damit wurden neue Barrieren zwischen unseren Völkern aufgerichtet.

Die weiteren 80er Jahre waren eher Abgesang. Mit Paketaktionen für polnische Kinder nach der Verhängung des Kriegszustandes und neuem Jugendaustausch versuchte die DDR, die Grenzschließung vergessen zu machen. Erstmals traten in der Ostsee zwischen der DDR und Polen Grenzprobleme auf. Nach Gorbatschows Machtantritt fand sich Jaruzelski an der Seite der sowjetischen Reformer, während Honeker gemeinsam mit Bilak in Prag und Ceauşescu in Bukarest zu bremsen versuchte. Aber das bestätigte ja nur noch den alten Reformismus-Vorbehalt. Auch die sozialistische Welt hatte nicht „am deutschen Wesen genesen“ wollen.

Bisher wenig untersucht ist das letzte Kapitel der Beziehungen der DDR zu Polen vor dem Umbruch 1989. Seit den Wahlen vom Juni 1989 war klar, daß Polen von einer nichtkommunistischen Regierung geführt werden würde. Die DDR bekam ein großes Problem an ihrer Ostgrenze. Wie flexibel damit umgegangen wurde, welche Konzepte entwickelt wurden, ist ein noch zu analysierender Themenkreis.

## Mehr als „Verordnete Freundschaft“ ?

War alles, was sich zwischen 1949 und 1989 im Verhältnis zwischen der DDR und Polen tat, nur „verordneter Freundschaft“? Es stimmt, oben ist es ausgeführt, die SED-Führung ließ sich seit den 50er Jahren davon leiten, daß die deutschen Kommunisten - im Lande von Marx und Engels - nach oder neben den sowjetischen - im Lande Lenins - am besten wüßten, wie der Sozialismus aufgebaut werden müßte und der welthistorische Fortschritt auszusehen habe. Das hatte nichts mit der Größe oder Stabilität der DDR zu tun. So ordnete sie alle inneren und internationalen Fragen ihrem Politik- und Gesellschaftsverständnis unter und fand demzufolge auch nicht zu wirklicher Aussöhnung mit Polen, ja nutzte in der Stunde der Argumentationsnot sogar die überkommenen Ressentiments. Dennoch wurde sehr früh die Unverrückbarkeit der Oder-Neiße-Grenze öffentlich anerkannt, war antipolnische Propaganda, ja sogar Erinnerungsarbeit der Vertriebenen verboten und verfolgt, wurden Begegnungen und Treffen organisiert, die sozialistischen Zwecken dienen sollten, aber praktisch Begegnungen von Menschen beider Länder waren.

Für die DDR-Bevölkerung waren die 70er Jahre des paß- und visafreien Verkehrs mit Polen die große Zeit der Erfahrung und Begegnung. Die Menschen fuhren bis in den letzten Winkel Polens, lernten Land und Leute kennen. Bekanntschaften und Freundschaften entstanden. Nicht wegen der Parteipolitik, aber auch nicht vordergründig und bewußt gegen sie, wurde dies Praxis. Sicher, im Hintergrund stand die Mauer, und mancher DDR-Deutsche wäre auch lieber nach Mallorca oder an den Garda-See gefahren, wie sein Schwager aus Westdeutschland. Unter den gegebenen Möglichkeiten war jedoch die polnische die beste. Kuba und Jugoslawien wurden DDR-intern als Westreisen behandelt und blieben schon deshalb der Mehrheit der DDR-Bevölkerung verschlossen. Nach Ungarn galt zu allen Zeiten für Touristen die enge Begrenzung der Umtauschsumme. Hingegen machte die Aufhebung der Umtauschbeschränkungen zwischen Mark der DDR und Złoty, die den paß- und visafreien Verkehr zunächst begleitete, Polen für DDR-Touristen interessant. Es war und blieb das einzige Land, in dem DDR-Bürger ihre Ersparnisse frei umtauschen konnten. Dies wurde durch die Vorteile der geographischen Nähe und die Attraktivität der touristischen Ziele noch verstärkt. In diesem Gesamtprozeß kam es zu vielen unmittelbaren Begegnungen, wurden persönliche Kontakte und auch Freundschaften geknüpft, die vielfach jedoch den Einschnitt Anfang der 80er Jahre nicht überdauerten.

Der ungehinderte Reiseverkehr der 70er Jahre führte auch für viele Studenten, junge Intellektuelle, die zum Teil später zu Oppositionellen in der DDR wurden, zur Begegnung mit einer ganz anderen Kultur, Diskussionsfähigkeit, Gesellschaft. Oftmals war die Begegnung mit der freieren Atmosphäre und Kultur in Polen Anlaß für ein „Coming out“ als Systemkritiker am Sozialismus. Trotz aller Verneblungsversuche der DDR-Führung wurden die sozialismuskritischen Debatten Polens letztlich doch in der DDR rezipiert und durch einen kleinen Teil der Aktivisten des Umbruchs im Herbst 1989 in gewissem Sinne reproduziert.

## Was bleibt ? Was kommt ?

Es ist keine ostdeutsche, sondern eine deutsche Aufgabe, die Aussöhnung mit Polen zu vollziehen. Es mag für die ostdeutschen Linken ein ernüchterndes Fazit sein, daß auch die DDR dies nicht geleistet hat - sie hat es nicht. „Die Beziehungen blieben neurotisiert, und heute läßt die Normalität einer offenen Grenze die angestaute untergründige Aggressivität offen zutage treten.“<sup>11</sup> Die DDR ist nicht für dieses Aggressivitäts-Potential verantwortlich, vielfach ist es vor Jahrzehnten und Jahrhunderten entstanden, aber mitverantwortlich dafür, daß es dieses in Ostdeutschland noch gibt.

Neben den überkommenen, aus der alten Geschichte stammenden Belastungen und den in der realsozialistischen Zeit reproduzierten bzw. geschaffenen Problemen wirken in der Gegenwart des deutsch-polnischen Verhältnisses auch die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen Problemkonstellationen des Umbruchs und der nachmaligen Entwicklung. Das wird zuweilen unterschätzt. Während die Widerständigkeit Polens für Moskau ein unlösbares Problem war und blieb, schien die DDR bis zum Frühjahr 1989 ein Hort realsozialistischer Stabilität zu sein. Seit 1953 hatte es kein offenes Aufbegehren gegeben; die Taktik der SED, Oppositionelle schon frühzeitig zu erkennen, zu kriminalisieren, unter welchen Vorwänden auch immer zu inhaftieren und anschließend in die Bundesrepublik abzuschleppen, zeitigte Ergebnisse: Das gesellschaftskritische Potential, das in Polen die Herrschenden beschäftigte, befand sich größtenteils hinter der Mauer, in der Bundesrepublik, und war daher nicht mehr im Lande. Aus der Sicht der Polen war nicht nur das sowjetische Militärpotential auf DDR-Territorium militärstrategisch stets mitzubedenken, die DDR erschien auch selbst als der politische Riegel, der das Land im sowjetischen Imperium festhielt. So verstärkte sich während der 80er Jahre die Abneigung gegenüber der DDR. Die polnischen politischen Kräfte intensivierten die Beziehungen und Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, über die DDR hinweg und sie vielfach ignorierend, um der geopolitischen Falle, die Stalin mit der Westverschiebung aufgestellt hatte, durch Kooperation mit dem Westen zu entgehen. Zudem glaubten in Polen weder die Opposition noch die regierenden Kommunisten an die Dauerhaftigkeit der DDR.<sup>12</sup> Wieso sollten 20 oder 30 Jahre Spaltung ausreichen, eine Zusammengehörigkeit zu zerstören, die in Polen 120 Jahre der Dreiteilung überstanden hatte?

---

<sup>11</sup> Ludwig Mehlhorn, Die Sprachlosigkeit zwischen Polen und der DDR, in: Ewa Kobylinska, Andreas Lawaty und Rüdiger Stephan (Hrsg.), Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, München/Zürich 1993, S. 526.

<sup>12</sup> Vgl. Mieczysław Tomala, „Erzählen Sie keinen Unsinn, Genosse Ulbricht!“. Die VR Polen und die DDR in den 60er Jahren: Offizielle Harmonie und internes Mißtrauen, in: WeltTrends, Nummer 13, Winter 1996, S. 111ff.

Nach dem Umbruch kamen die DDR-Deutschen jedoch, scheinbar unverdient und ohne eigenes Zutun, durch die deutsche Vereinigung problemlos in die Europäische Union und unter das Dach der NATO, während Polen darum nun nachsuchen muß. Schafft das neue Frustrationen? Ist das Wort der Bundesregierung und der polnischen Regierung, daß an Oder und Neiße nicht eine Wohlstandsgrenze durch Europa gehen wird, von Dauer? Zu den Paradoxien der 90er Jahre gehört, daß noch nicht ausgemacht ist, wie die Entwicklungschancen beiderseits von Oder und Neiße verteilt sind. Die stereotype Normalantwort ist zumeist, Polen müsse von der Wirtschaftskraft Deutschlands seinen Aufschwung beziehen. Das mag stimmen, betrachtet man Deutschland und Polen jeweils als Ganzes. Bezieht man jedoch in die Betrachtung Ostdeutschland als etwas Eigenes ein, zeigt sich ein anderes Bild, weil sich die komparativen Kostenvorteile anders verteilen. Lothar Späth, ehemals Ministerpräsident von Baden-Württemberg und heute Vorsitzender des Vorstandes Jenoptik AG Jena, sagte Ende 1996 zu der Frage der Voraussetzungen für den Aufschwung in den neuen Ländern und bei den östlichen Nachbarn, daß die Anhebung der Industriearbeitslöhne in Ostdeutschland auf westdeutsches Niveau, die aus politischen Gründen erfolgte, strukturell die ostdeutsche Industrie erdrosselt habe. Angesichts der geringen Eigenkapitalausstattung und anderer Faktoren werde im Laufe des Jahres 1997 etwa ein Viertel der gegenwärtigen Industriearbeitsplätze in Ostdeutschland auch noch wegfallen. Um die wirtschaftliche Entwicklung in den ostmitteleuropäischen Ländern sei ihm dagegen nicht bange.<sup>13</sup> Das bedeutet, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, zumindest im grenznahen Raum Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsens, von dem zu erwartenden und sich zum Teil bereits vollziehenden Aufschwung Polens partizipieren kann, wenn sich die ostdeutschen Akteure darauf zielstrebig einstellen.

Die Beobachtungen im grenznahen Raum zeigen jedoch bisher wenig Voraussetzungen dafür. Viele Ostdeutsche stehen mit dem Rücken nach Osten, schauen nach Potsdam, Berlin/Bonn und Brüssel und erwarten von dort Hilfe. Die Bäckerin, die in Frankfurt/Oder preiswerte, in Polen gebackene Brötchen verkaufen wollte, wurde geschmäht und bedroht. Polnisch-sprachige Aufschriften, daß „jeder Diebstahl bestraft werde“ finden sich zuhauf. Auf die Idee, dem potentiellen polnischen Käufer Sonderangebote des Handels oder Handwerks in polnischer Sprache anzubieten - eine Selbstverständlichkeit für den polnischen Händler oder Handwerker jenseits der Grenze gegenüber dem potentiellen deutschen Kunden in deutscher Sprache - kommen bisher nur wenige. Und dies, obwohl mittlerweile bekannt ist, daß etwa ein Drittel der DM-Erlöse, die polnische Kleinunternehmer jenseits der Grenze erzielen, wegen der Waren- und Dienstleistungsstrukturen nach Deutschland zurückfließen; angesichts der freundlicheren Behandlung aber nicht nach Frankfurt/Oder, sondern nach Berlin oder Hannover.

---

<sup>13</sup> Lothar Späth am 13. November 1996 auf einer Veranstaltung in Berlin.

Dafür gibt es zweierlei Hintergründe: Der eine ist das eigenartige Phänomen des Westblicks auf dem „Wege nach Europa“ - die Ukrainer stehen mit dem Rücken nach Rußland und streben zur Zusammenarbeit in Richtung Westen, hier Polen; die Polen stehen mit dem Rücken zu Rußland und streben nach Westen, hier Deutschland; die Ostdeutschen sind jetzt Westen, und wenden dem Osten ebenfalls den Rücken zu. Jeder in dieser Reihe ist darauf angewiesen, mit den scheinbar oder tatsächlich ungeliebten Nachbarn im Osten zusammenzuarbeiten, um daraus Nutzen für die eigene Bewältigung der Transformationsprobleme zu ziehen. Das macht ihn für den Westen attraktiver. Das wird derzeit aber erst wieder gelernt.

Der andere Hintergrund ist, daß sich in den Jahrzehnten der DDR eben doch keine neue Mittlerbevölkerung für die Zusammenarbeit mit Polen herausgebildet hat, weder was die Beherrschung der Sprache noch die der kulturellen Codes anbetrifft. Das Verhältnis der DDR zu Polen wurde nicht wirklich auf eine Normalisierung von unten ausgerichtet, weil es von oben kontrolliert und machtpolitisch instrumentalisiert bleiben sollte. Damit wurde es zu einer ungetilgten Hypothek, die das vereinigte Deutschland zu übernehmen hatte, was aber nicht über die Köpfe der Ostdeutschen hinweg, sondern nur mit ihnen und vor allem durch sie zu leisten ist.

Im deutschen außenpolitischen Interesse liegt die Aussöhnung mit Polen, auf Dauer und ohne Vorbehalte. Dies vergleichbar mit dem deutsch-französischen Verhältnis, bei dem am Ende des 20. Jahrhunderts auch schwer nachvollziehbar ist, wo die Ursachen für „1000 Jahre Feindschaft“ gelegen haben sollen. Hier endet die Analogie aber auch schon. Im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland geht es um den Aufbau von etwas völlig Neuem. „Die Brücken zu den Nachbarn sind seit 1989 begehbar“, schrieb kürzlich Adam Krzemiński, „und dennoch bleiben sie - außer für den Handel - weitgehend unbenutzt.“<sup>14</sup> Dies zu ändern, ergeben sich auch für die ostdeutschen Länder Möglichkeiten, deren Spielraum noch lange nicht ausgeschritten ist.

---

<sup>14</sup> Adam Krzemiński, Vor der Theorie kommt die Praxis. Den Polen mangelt es an protestantischer Wortgläubigkeit, in: Die Zeit, Nr. 48 vom 2. November 1996, S. 44.